

Der sächsische Erzähler,

Tagblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22.

Dierundsechzigster Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: **Velletristische Beilage**; jeden Freitag: **Der sächsische Landwirt**; jeden Sonntag: **Illustriertes Sonntagsblatt**.

Erscheint jeden Freitag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1 M 50 S, bei Bestellung ins Haus 1 M 70 S, bei allen Postanstalten 1 M 80 S inklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 S.

Bestellungen werden angenommen: für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluss der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Korpuszeile 12 S, die Reklamezeile 30 S. Geringster Inseratensatz 40 S. Für Rückzahlung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Beim Neubau eines Lehrerseminars zu Bischofswerda

sollen die Zimmerarbeiten (Sod III) vergeben werden. Vordrucke sind, soweit der Vorrat reicht, gegen Erlegung einer bei Abgabe des ausgefüllten Arbeitsverzeichnis zurückzahlbaren Gebühr von 3,50 Mark im königlichen Landbauamt Bautzen (Ortenburg, II. Obergesch.) erhältlich bezw. werden auf Antrag unter Nachnahme zugestellt. Angebote sind versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum 2. August 1910, Vorm. 10 Uhr daselbst einzureichen. Die Auswahl unter den Bewerbern, welche bis 15. September 1910 an ihr Angebot gebunden sind, oder die Ablehnung sämtlicher Angebote bleibt ausdrücklich vorbehalten. Zeichnungen und sonstige Unterlagen liegen bei der Bauleitung des Seminarneubaus zu Bischofswerda, August Königstraße 10, zur Einsicht aus.

Bautzen, den 20. Juli 1910.

Königliches Landbauamt.

Das Neueste vom Tage.

Für den Wiener Besuch Kaiser Wilhelms ist der 20. und 21. September in Aussicht genommen. (Siehe Österreich.)

Aber eine bevorstehende Annäherung der Türkei an den Dreibund werden glaubhafte Meldungen verbreitet. (Siehe Veitartikel.)

In der Mittelrheingegend ist wieder ein Holtenbruch niedergegangen und hat große Verwüstungen verursacht.

In Versailles ist man großen Beträgereien eines französischen Armeelieferanten auf die Spur gekommen. (Siehe Frankreich.)

Der seit einiger Zeit ausgebrochene Streit der Landarbeiter in der italienischen Landschaft Romagna nimmt ersten Charakter an. (Siehe Italien.)

Reichsversicherungsordnung und Arztfrage.

Zur Lösung der Arztfrage in der Reichsversicherungsordnung schreibt eine offiziös bediente Berliner Korrespondenz: Wenn die Kommission auch den Bestimmungen der Vorlage über die Beziehungen der Ärzte zu den Krankenkassen im wesentlichen zugestimmt hat, so kann man doch mit Sicherheit annehmen, daß die Frage in der jetzt vorgeschlagenen Form ihre endgültige Regelung nicht finden wird. Es werden daher bis zur zweiten Lesung der Kommission im Herbst jedenfalls andere Vorschläge unterbreitet werden. So darf man annehmen, daß die Bildung der beiden Vertragsausschüsse für jeden Bezirk, wie sie der Entwurf vorschlägt, dem ablehnenden Standpunkte der Ärzteschaft gegenüber nicht aufrecht erhalten wird. Im übrigen haben sich in den Kommissionsberatungen die Anschauungen über die grundlegende Streitfrage — freie Arztwahl oder Kassenarztsystem — doch wesentlich geklärt, denn durch die genaue Formulierung der Wünsche der organisierten Ärzte, wie sie durch ihre Vertreter in der Kommission zum Ausdruck kamen, hat sich die Frage insofern verschoben, als es sich tatsächlich nicht mehr um die freie Arztwahl in dem Sinne handelt, daß für jeden Kassenbezirk alle Ärzte zur Kassenpraxis zugelassen werden sollen, die den zwischen dem Ärzteverband und der Kasse vereinbarten Vertrag annehmen. An die Stelle dieser

freien Arztwahl ist vielmehr die organisierte freie Wahl getreten, indem die Forderung jetzt dahin geht, daß zum Vertragsabschluss überhaupt nur die dem Leipziger Verbands angehörigen Ärzte zugelassen werden sollen. Die Mehrheit der Kommission hat dieser Forderung nicht zugestimmt, weil sie das Prinzip aufrecht erhalten will, daß beim Feststellen der Bedingungen für die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder sich die Ärzte und die Kassen als gleichberechtigte Vertragschließende gegenüberstehen. Diese Gleichberechtigung wäre nach Ansicht der Kommission nicht vorhanden, wenn die Kassen gesetzlich gezwungen wären, allein mit dem Leipziger Verbands abzuschließen. Denn da die Kassen die ärztliche Versorgung nicht entbehren, die einzelnen Ärzte jedoch auf die Kassenpraxis verzichtet können, so würde sich für die Kassen eine Zwangslage ergeben, die ihnen die Vertragsfreiheit benimmt.

Die Türkei und der Dreibund.

In Konstantinopel und in Rom sind in den letzten Tagen mehrfach Berichte in bestimmter Form ausgetauscht, wonach die Türkei ernstlich eine Annäherung an den Dreibund erstrebe. Nun wird auch aus Wien gemeldet, daß man in dortigen gutunterrichteten Kreisen den Berichten über eine bevorstehende Annäherung der Türkei an den Dreibund Glauben beimesse.

Bereits vor Einführung der Konstitution, schreibt der „V. L.-M.“ hierzu, hat die Türkei vielfach Beweise von Sympathie zur Politik der Dreibundmächte an den Tag gelegt. Erst als das Jungtürkentum zum ausschlaggebenden Element des Osmanenreiches geworden war, schien sich hierin insofern ein Wandel zu vollziehen, als dasselbe warme Sympathien zu England erkennen ließ und geneigt schien, engere Beziehungen zur englischen Politik eintreten zu lassen. Die Erfahrungen der letzten Zeit, im besonderen in der Kretafrage, haben bezüglich dieser englisch-türkischen Annäherung offenbar einen Umschwung in der jungtürkischen Auffassung verursacht und den Anstoß zu neuen Kombinationen gegeben. Gerade in den Kreisen des Jungtürkentums scheint die Neigung vorzuliegen, die Politik der Bforte derjenigen der Dreibundmächte anzugliedern und in dieser Gemeinschaft die schwebenden politischen Fragen im nahen Osten zu behandeln. Sollten diese aus türkischen Quellen stammenden Nachrichten sich als zutreffend erweisen, so wäre die hier in Rede stehende Neugruppierung der Ostmächte im Interesse des Friedens im nahen Orient auf-

richtig zu begrüßen. Einstweilen wird aber abzuwarten sein, inwieweit es der türkischen Regierung selbst mit dieser vermeintlichen Absicht ernst ist, und ob die Meldung nicht zum Teil auf eine gewisse Verdrossenheit jungtürkischer Elemente über die englische Haltung in letzter Zeit zurückzuführen ist und den Zweck verfolgt, das Londoner Kabinett für türkische Fragen erfolgreicher zu interessieren. Die bevorstehende Reise des Großveziers Hakk-Bascha, die dem Besuch der Hauptstädte nicht nur des Dreibundes, sondern ebenso der anderen Großmächte gilt, dürfte einige Klärung über diese Fragen bringen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Aussichten der Reichsversicherungsordnung sind bisher nach dem Ergebnis der ersten Lesung in der Kommission außerordentlich geringe. Offiziös wird mitgeteilt, daß die in der Kommission beschlossene Regelung der Arztfrage nicht beibehalten werden soll. Vor allem nimmt man an, daß die Bildung der beiden Vertragsausschüsse für jeden Bezirk, wie sie der Entwurf vorschlägt, dem ablehnenden Standpunkt der Ärzteschaft gegenüber nicht aufrechterhalten wird. Die Schwierigkeiten, die der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung entgegenstehen und in der Kommission ein so unbrauchbares Ergebnis der Beratungen herbeiführten, waren, wie auch die Nationalliberale Korrespondenz feststellt, durch die Zerfahrenheit unserer parteipolitischen Verhältnisse bedingt. Am häufigsten stimmten Zentrum, Volkspartei und Sozialdemokraten zusammen und die Korrespondenz bedauert, daß sich Nationalliberale und Volksparteiler in den weitaus meisten Fällen gegenüberstanden, da die Freisinnigen fast ganz in dem Kielwasser der sozialdemokratischen Fahrt schwammen, meistens begleitet zudem noch von den Mannen der Zentrumspartei. Nicht einmal in der hochwichtigen Frage der Beitragshälftelung konnten die Fortschrittler sich von diesen Bundesgenossen lossagen. Für die zweite Lesung erwarten die Nationalliberalen eine Verständigung mit der fortschrittlichen Volkspartei zur Vermeidung der Zersplitterung der liberalen Stimmen und einer konservativ-merikanischen Einigung.

Das verfeuerte Vieh von der Ausstellung in Argentinien. Das Hamburger „Fremdenblatt“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß das von der Internationalen Ausstellung in Buenos Aires als verfeuert zurückgewiesene deutsche Vieh in Hamburg wieder eingetroffen ist. Von einer von